

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 9. Dezember 2020

3310. 2020/395

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2021–2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2021–2024 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2020/395 und 2020/396.
Für GR Nr. 2020/396 siehe Protokoll der 119. Sitzung vom 9. Dezember 2020,
Beschluss-Nr. 3330/2020.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Felix Moser (Grüne): *Der Bericht wurde einstimmig von der Rechnungsprüfungskommission (RPK) verabschiedet. Es geht um den Bericht zum Budget 2021 der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Verwaltung, der Betriebe, Anstalten und Heime, der verwalteten Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2021–2024. Die RPK prüfte die Budgetvorlage 2021 des Stadtrats. Aufgrund des Revisionsberichts Nr. 127/2020 der Finanzkontrolle vom 5. November 2020 konnten wir feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legte dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von 155,3 Millionen Franken vor. Das ist inklusive Novemberbrief. Der Aufwandüberschuss ergibt sich aus einem Aufwand von 9113,5 Millionen Franken und Erträgen von 8958 Millionen Franken. Für weitere Erläuterungen zum Budget verweist die RPK auf die einführenden Bemerkungen des Stadtrats in der Vorlage zum Budget 2021. Nun folgen allgemeine Bemerkungen der RPK zum Budget und zum Finanzplan. Der budgetierte Personalaufwand steigt gegenüber dem Budget 2020 um 80,5 Millionen Franken auf rund 3 Milliarden Franken. Bei diesen Zahlen ist der Novemberbrief noch nicht berücksichtigt. Der Mehraufwand bei den Löhnen setzt sich im Wesentlichen aus 61,2 Millionen Franken für das Verwaltungs- und Betriebspersonal und aus Löhnen für Lehrpersonen in der Höhe von 5,7 Millionen Franken zusammen. Es handelt sich um 639,6 zusätzliche Stellenwerte. Mit 342,7 Stellenwerten wird rund die Hälfte der neuen Stellen im Schul- und Sportdepartement geschaffen und mit 115 Stellenwerten ein weiterer grosser Teil im*

Gesundheits- und Umweltdepartement. Die Stellenwerte steigen somit von 22 395 auf 23 035 Stellen. Für den Sachaufwand sind 1941 Millionen Franken budgetiert – ein leichter Rückgang zum Vorjahr um 73 Millionen Franken. Die Investitionen im Verwaltungsvermögen erhöhen sich um 138 Millionen Franken auf rund 1,5 Milliarden Franken, während die Investitionseinnahmen im Verwaltungsvermögen leicht zurückgehen auf 98 Millionen Franken. Damit verbleiben Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von ziemlich genau 1400 Millionen Franken, was einer Zunahme von 267 Millionen Franken entspricht. Im Blick auf die kommenden Jahre geht der Stadtrat nach wie vor von einer weiterwachsenden Stadt aus. Damit Zürich attraktiv bleibt, sind auch künftig hohe Investitionen erforderlich. Aus dem Bevölkerungswachstum ergeben sich zudem steigende Anforderungen an die Infrastruktur und an die kommunalen Leistungen. Die in der Gemeindeordnung verankerten Ziele wie Kinderbetreuung, Wohnen, nachhaltige Entwicklung und 2000-Watt-Gesellschaft erfordern ein starkes Engagement. In der Volksabstimmung vom 1. September 2019 wurde die Steuervorlage 17 angenommen. Sie führt zu sinkenden Steuererträgen bei juristischen Personen. Die detaillierten Auswirkungen sind aufgrund der verschiedenen Pakete der Steuerreform noch nicht genau bezifferbar. Als Kompensation rechnet die Stadt mit einer Zahlung von 13,5 Millionen Franken durch den Kanton, die er den betroffenen Gemeinden in der Anfangsphase bis zum Jahr 2024 ausschüttet. Der neue kantonale Soziallastenausgleich tritt voraussichtlich erst im Jahr 2022 in Kraft, im Jahr 2021 ist er noch nicht wirksam. Die Auswirkungen der Pandemie sind schwierig abschätzbar. Vieles hängt davon ab, wie rasch die Pandemie bewältigt werden kann und wie rasch sich die Wirtschaft wieder erholen wird. Insbesondere die Entwicklung des Fiskalertrags ist schwer vorauszusehen. Die steuerlichen Auswirkungen werden jedenfalls verzögert anfallen. Es handelt sich hierbei um Ausfälle aufgrund von Lockdowns und Kurzarbeit. Die Investitionen bleiben in den Planjahren auf hohem Niveau stabil. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt gemäss FAP 2021–2024 von 54 Prozent nach Budget 2020 auf 25 Prozent im Jahr 2024. Erfahrungsgemäss werden aber nie alle Investitionen ausgeführt, darum sind die Zahlen in der Rechnung immer deutlich höher. Zum Ausblick auf die nächsten Jahre schreibt der Stadtrat, dass er aufgrund der Pandemie in den Jahren 2020 und mindestens auch 2021 Aufwandüberschüsse in Kauf nimmt. Das vorhandene Eigenkapital diene als Polster, um die Krise zu bewältigen. Ab dem Jahr 2022 und in den Folgejahren strebt der Stadtrat Ergebnisverbesserungen an. Entsprechende Aufträge sind bei den Departementen erteilt und werden sich in der nächsten Planung auswirken. Die RPK hat zu drei Themen ausführliche Bemerkungen. Das erste Thema ist die COVID-19-Pandemie. Sie wirkt sich in verschiedenen Bereichen auf das Budget 2021 aus. Auf der Ausgabenseite erwarten wir höhere Aufwände bei der Sozialhilfe, weil die Fälle mutmasslich ansteigen werden. Ins Gewicht fallen zudem Beiträge an verschiedene Institutionen, um Auswirkungen der Pandemie abzufedern, beispielsweise an kulturelle Einrichtungen. Auf der Einnahmenseite fallen insbesondere die Steuereinnahmen ins Gewicht. Diese sind aber schwierig abzuschätzen. Der Stadtrat geht davon aus, dass die juristischen Personen, die grosse Beiträge zum Fiskalertrag leisten – beispielsweise Banken und Versicherungen – bis anhin wenig von der Pandemie betroffen sind. Die künftige Entwicklung hängt jedoch stark von der allge-

meinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Allfällige Steuerausfälle werden erst in den Jahren 2022 oder 2023 sichtbar. Die RPK war unsicher, ob diese Annahmen so zutreffen. Weitere pandemiebedingte Einnahmehausfälle, wie die Reduktion von Mieten oder Erlassung von Gebühren, tragen wenig zu den Gesamtauswirkungen der Pandemie bei. Sie sind aber eine wichtige Unterstützung für die städtische Bevölkerung und Wirtschaft. Ein Grossteil der bisherigen Sofortmassnahmen hat sich auf das aktuelle Rechnungsjahr 2020 ausgewirkt. Der Stadtrat legte dazu dem Gemeinderat verschiedene Nachtragskredite und Globalbudgetergänzungen vor. Das zweite Thema ist die Kostenentwicklung in den Schulen. Im Schulamt sind grosse Kostensteigerungen festzustellen. Verschiedene Faktoren spielen eine Rolle: Die steigende Anzahl der Schülerinnen und Schüler, der Anstieg der kantonalen Stellen für Lehrpersonen – inklusive höheren Lohnkosten unter anderem wegen der fünften Ferienwoche – der erhöhte Schulraumbedarf, die steigende Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten, der geplante Ausbau der Tagesschule sowie die Vielzahl von Projekten und Applikationen, die bestehen oder neu entwickelt werden. Die RPK stellte zu verschiedenen Bereichen Fragen, um die Gründe für die Kostensteigerungen verstehen zu können. Zurzeit ist es der RPK nicht möglich, aufgrund von Kennzahlen die Kostenentwicklung in den einzelnen Portfolios nachvollziehen zu können. Aus Sicht der RPK sind die vorgelegten Zahlen zu wenig detailliert. Um in Zukunft aussagekräftigere Unterlagen zu erhalten, nahm die RPK mit der Finanzkontrolle Kontakt auf. Das Ziel der RPK ist es, spätestens mit Budget 2022 und dem entsprechenden Finanzplan die Daten für die Kostenentwicklung der Schule übersichtlich aufgearbeitet zu erhalten. Das dritte Thema ist die langfristige Planung. Nach mehreren finanziell guten Jahren sind jetzt die finanziellen Aussichten deutlich schlechter als in der Vergangenheit. In den Planjahren des FAP wird weiterhin mit Ertragsverlusten gerechnet. Zwei Ursachen tragen massgeblich dazu bei: Zum einen die COVID-19-Pandemie, deren tatsächliche Auswirkungen noch nicht im Detail abschätzbar sind. Das gilt insbesondere auch für die wirtschaftlichen Auswirkungen. Zum anderen ist es die Unternehmenssteuerreform, deren Auswirkungen im Moment erst in tieferen Steuererträgen spürbar sind. Die Mehrheit der RPK teilt die Haltung des Stadtrats, dass dank dem hohen Eigenkapital die budgetierten Aufwandüberschüsse im Jahr 2021 tragbar sind. Gerade in Krisenzeiten soll die Stadt ihren Beitrag zur Unterstützung betroffener Personen und Unternehmen leisten. Angesichts des Wachstums sind aber weiterhin Investitionen beispielsweise im Bildungsbereich nötig und der Kampf gegen den Klimawandel darf trotz Pandemie nicht vernachlässigt werden. Die Mehrheit begrüsst das Ziel des Stadtrats, in Zukunft Ergebnisverbesserungen anzustreben. Aus Sicht der RPK ist mittelfristig wieder ein ausgeglichenes Budget nötig, um das Eigenkapital nicht allzu stark reduzieren zu müssen. Die Minderheit der RPK stellt fest, dass der Stadtrat eine Finanzplanung nach dem Grundsatz vorlegt «weiter wie bisher». Angesichts des durch die Pandemie verursachten massiven Einschnitts müsste der Stadtrat ohne Verzug eine schonungslose Leistungsüberprüfung in Angriff nehmen. Priorität haben Massnahmen, die zur wirtschaftlichen Erholung, zur Stärkung der Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Im Gegenzug sind Ausgaben, die nicht diesem Zweck dienen, wo immer möglich konsequent zu senken. Gerade unter der Berücksichtigung von diversen neuen Transferleistungen des Kantons an die Stadt ist ein positives Budget bereits ab dem

Jahr 2022 möglich und deshalb zwingend anzustreben. In der RPK reichten wir über 600 Rückfragen ein. Sie wurden von der Verwaltung vollständig und termingerecht beantwortet. Sehr nützlich waren auch die Rückmeldungen der Departemente am Ende zu den Budgetfahren zu den Anträgen der RPK. Die Minderheit der RPK beantragt die Rückweisung des Budgets an den Stadtrat. Die Mehrheit der RPK lehnt die Rückweisung ab. Falls auf das Budget eingetreten wird, wird die Mehrheit der RPK dem Budget wie auch den Produktgruppen-Globalbudgets zustimmen, während die Minderheit das Budget ablehnen wird. Teilweise wird das Stimmverhalten zusätzlich vom Ausgang der Abstimmungen zu den einzelnen Detailanträgen abhängig gemacht. Dem Antrag des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem wird einstimmig zugestimmt. Beim Steuerfuss stimmt die Mehrheit einem Steuerfuss von 119 Prozent zu. Die Minderheit beantragt eine Senkung des Steuerfusses auf 117 Prozent. Die RPK beantragt ebenfalls einstimmig die Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) sowie die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Alterswohnungen. Der Kenntnisnahme der Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen sowie des Globalbudgets der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wird mehrheitlich zugestimmt.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3311/2020–3316/2020)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *In den letzten Jahren langweilte ich Sie meistens. Budget für Budget und Rechnung für Rechnung sprach ich im Namen des Stadtrats stets dieselbe Botschaft aus. Im Jahr 2019 richtete der Stadtrat seine Finanzpolitik mittel- und langfristig aus. Genauso war es in den Jahren 2018, 2017 und 2016. Am Ende dieses für alle sehr herausfordernden Jahres sehnt man sich vielleicht nach dieser Langweile der letzten Jahre; oder wie es Goethe sagt: «Langeweile ist ein böses Kraut, aber auch eine Würze, die viel verdaut.» Noch nie hat es sich derart bewahrheitet, dass es richtig war, Reserven für schlechte Zeiten zu bilden, um auch in einer Krisenphase ruhig und stabil handeln zu können. Noch nie musste deutlicher bewiesen werden, dass es weder richtig ist, zu früh zu jubeln, noch alles in schwarz zu sehen. Das stadträtliche Budget wurde in früheren Jahren als Schwarzmalerei bezeichnet. Das trifft nicht zu. Es war ein nüchterner, langweiliger Realismus, mit dem das Budget so eingeschätzt wurde, um in einer Krisen- und auch in einer Wachstumsphase über genügend Mittel zu verfügen. Die gleichen Kreise werfen uns jetzt Zweckoptimismus vor. Nein. Es handelt sich um ein richtiges Einschätzen, sodass die vorhandenen Reserven genügen, um die notwendige Hilfe zu leisten, die wir leisteten und um die Ertragsausfälle vorderhand abdämpfen zu können und trotzdem die städtischen Leistungen aufrecht zu erhalten. Der Stadtrat wechselte nicht seine «langweilige» Position oder Strategie – es ist eher die Position der Betrachtenden. Was das Jahr 2021 bringen wird, darüber weiss ich so wenig wie Sie. Aber die Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO und der Banken, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, malen nicht in pechschwarzer Farbe. Daher wäre*

es beim jetzigen Stand der Dinge völlig falsch, Sand ins Getriebe des gut funktionierenden städtischen Räderwerks zu werfen. Es funktioniert als Teil der regionalen Wirtschaft. Eine Budgetrückweisung und ein Notbudget schaden der Wirtschaft doppelt: Die Aufträge fehlen während einer kritischen Phase und die Verunsicherung wird gesteigert. Die Bevölkerung erwartet Verlässlichkeit und Konstanz – und nicht eine Notmassnahme mittendrin. Analoges gilt auch für eine umfassende Leistungsüberprüfung und für zusätzliche Millionen Franken, die teilweise eingestellt werden, die nicht notwendig sind. Sollten jedoch die wirtschaftliche Situation und die soziale Entwicklung schlechter als erwartet verlaufen, verfügen wir über genügend Reserven und damit auch Zeit, allenfalls notwendige härtere Massnahmen rechtzeitig und mit genügendem Vorlauf umzusetzen. Nicht umsonst hält auch der kantonale Finanzdirektor, der ein drei Mal höheres Defizit hat, nichts von einem Notbudget und nichts von einem Sparpaket zum jetzigen Zeitpunkt. Die guten Abschlüsse der letzten Jahre, das stabile Eigenkapital und der Schuldenabbau hatten zwei Effekte. Die Stadt konnte ihre Dienstleistungen und Institutionen problemlos finanzieren und damit zur sozialen Sicherheit und zu einem attraktiven Standort beitragen. Deutlich und eindrücklich zeigte sich ausserdem, dass wir den finanziellen Spielraum hatten, um die teilweise von Ihnen geforderten Leistungen für das Gewerbe und Einzelpersonen erbringen zu können. Der Stadtrat leistete mit den Sofortmassnahmen gezielt finanzielle Unterstützung für die Betroffenen. Wo es nötig ist, wird er das subsidiär zu Bund und Kanton weiterführen. Wenn wir dafür aus einer eher unerwarteten Ecke, aus der sonst eigentlich nie zufriedenen Gastronomie-Szene, ein Lob erhielten, zeigt das, dass wir das nicht schlecht gemacht haben. Das hohe Eigenkapital wirkt aber nicht als Betablocker. Während der Budgeterarbeitung diskutierten wir intensiv. Wir führten die notwendigen Diskussionen und griffen steuernd in die Budget- und FAP-Jahre ein. Das vorliegende Budget und der FAP sind daher Ausdruck der seriösen Arbeit aller Beteiligten. Die Bestätigung der «langweiligen» Politik erhielten wir auch Ende Oktober, als wir das Finanzrating wiederholten: Standard & Poor's verlieh der Stadt erneut die zweithöchste Rating-Note AA+ mit dem Ausblick «stabil». Das müssten sich die, die uns den «Highway to Hell» vorwerfen, vor Augen führen. Der Stadtrat legt mit dem Budget 2021 und dem FAP 2021–2024 zwei vernünftige Finanzplanungswerke vor, die das zum jetzigen Zeitpunkt Abschätzbare abbilden, keine Verunsicherungen anheizen, konstante Investitionen enthalten und damit Arbeitsplätze und Wirtschaft stützen und den Standort sozial, wirtschaftlich und ökologisch attraktiv halten. Natürlich sinkt in der Prognose aktuell das Eigenkapital wegen der Corona- und Wachstumskosten. Das geschieht jedoch kontrolliert und kalkuliert. Mit diesem Effekt leben wir bereits seit vielen Jahren, die Rechnung fällt schliesslich meistens besser aus. Das 9-Milliarden-Budget ist nach wie vor generell geprägt vom Bevölkerungswachstum, spezifisch in der Volksschule und in der Betreuung, von der Corona-Pandemie sowie von den Steuervorlagen. Aus meiner Sicht sind das die wichtigsten Punkte, die das Defizit inklusive Novemberbrief von 155 Millionen Franken mit sich bringen. Und es weist eindrückliche Nettoinvestitionen von 1,4 Milliarden Franken aus. Das Budget deckt alle Lebensbereiche ab. Es ist ein Budget für alle Menschen, die in Zürich leben, arbeiten und wirtschaften und die Stadt besuchen. Wir fördern ganz bewusst auch die benachteiligten Bevölkerungsgruppen über die Bildung, die Betreuung und das soziale Netzwerk. Es freut mich daher

auch, dass wir diesmal auch die unterstützen konnten, die sich sonst eher zu den Stärkeren zählen und jetzt eher zu den Schwächeren wurden: Ein Teil der Selbstständigerwerbenden und der KMU. Für mich ist klar, dass der Klimawandel in den nächsten Jahren mit den notwendigen Aufwendungen in den zukünftigen FAP seine Spuren hinterlassen wird. So werden das Netto-Null-Ziel und die Hitzeminderung vermehrt zu berücksichtigen sein. Das Bevölkerungswachstum wird weiterhin vorhanden sein und das Gesundheitswesen wird in den nächsten Jahren nicht deutlich günstiger werden. Die Investitionen bleiben hoch. Sie sind notwendig für eine lebenswerte Stadt und natürlich wird die Pandemie, sollte sie länger anhalten, ebenfalls Auswirkungen haben. Allerdings hoffe auch ich, dass die Impfungen zur Entspannung führen werden. Aufgrund der ungewissen Lage wird der Stadtrat die Finanzplanung eng verfolgen und, falls nötig, im Budget 2022 und dem FAP 2022–2025 die Zahlen und entsprechend die Steuern anpassen, soweit es notwendig ist. Ein vorausschauendes Planen ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP

Felix Moser (Grüne): *Die Ausgangslage ist in diesem Jahr so speziell und herausfordernd wie schon lange nicht mehr. Wir stecken mitten in der Pandemie und es ist unbekannt, wie lange sich noch andauert, wann die dritte Welle kommt und welche Kosten zusätzlich auf uns zukommen. Zudem erleben wir weltweit eine Rezession. Auch dazu ist nicht bekannt, was das längerfristig für die Stadt und ihre Wirtschaft bedeutet. Zumindest ist es sehr unklar: Die Prognose der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) ist sehr düster, es wird von einer historischen Rezession gesprochen. Weitere Punkte, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, sind die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform, die wachsende Stadt, die mehr Schul- und Wohnraum verlangt, und die Klimakrise, die bereits hier ist. Das macht die Prognose bis ins Jahr 2024 schwierig. Man kann nicht voraussagen, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln werden, wie sich die Bevölkerung entwickeln wird, welche Auswirkungen die Rezession haben wird und wie es um die Beschäftigung in den nächsten Jahren stehen wird. Der Stadtrat wählte einen pragmatischen Weg. Zahlen und Massnahmen, die klar bezifferbar sind, wurden im FAP berücksichtigt. Es handelt sich um diverse Mindereinnahmen aufgrund der Steuerreform und um Veränderungen bei den Abgeltungen des Kantons an die Gemeinden sowie um geplante Investitionen und Ausgaben zur Bewältigung des Wachstums oder für die rasche Erreichung der Klimaziele. Auch die Pandemie beeinflusst die Planung direkt. Einberechnet sind alle Massnahmen, die bereits beschlossen wurden. Noch nicht beschlossene Massnahmen werden noch auf uns zukommen. Noch nicht bekannt sind Ausgaben zur künftigen Bekämpfung der Pandemie, allfällige Langzeitfolgen und die Entwicklung der Steuereinnahmen. Das macht es schwierig, so genau zu budgetieren wie in den vergangenen Jahren: Es wird mit Sicherheit noch zu Veränderungen kommen. Absehbar ist, dass es im aktuellen Jahr und im Budgetjahr zu einem Defizit*

kommen wird. Die Frage ist, wie viele schlechte Jahre sich Zürich leisten kann. Die Meinungen der Fraktionen gehen weit auseinander. Aktuell steht Zürich mit einem soliden Eigenkapital in der Höhe von rund 1,5 Milliarden Franken gut da. Nach der Rechnung 2020 und dem Budget 2021 wird es schliesslich rund um oder leicht über 1 Milliarde Franken liegen, was immer noch einem sehr hohen Betrag entspricht. Der Stadtrat führte in der Antwort auf die Fragen der RPK zum FAP und zum Budget aus, dass er seine Ausgaben in jedem Jahr prüft und dass die Überprüfung in diesem Jahr aufgrund der Pandemie umfangreicher war und ausführlicher diskutiert wurde. Es fielen Entschiede zur sparsameren Verwendung von Mitteln, beispielsweise die Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende, die teilweise zur Milderung der finanziellen Folgen der Pandemie eingesetzt wird. Eine andere Massnahme ist die Kürzung der Beiträge an die PWG. Dazu wurde ein Änderungsantrag im Gemeinderat eingereicht, mit dem diese Änderung rückgängig gemacht werden soll. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass wir in kritischen, schwierigen Zeiten leben. Es gilt, gerade mittelfristig zu prüfen, wie die finanziellen Zahlen verbessert werden können. Offen ist, was es genau braucht, damit das Budget wieder ausgeglichen wird. Wir waren uns auch uneinig über die Geschwindigkeit, wie rasch ein ausgeglichenes Budget wieder erreicht werden muss. Sicher ist, dass wir abhängig von der Entwicklung der Lage und davon, ob weitere Steuersenkungen auf kantonaler Ebene eingeführt werden, das Thema in den nächsten Jahren intensiv diskutieren werden. Von der Minderheit wurden diverse Forderungen aufgestellt, die wir jetzt und über die Begleitpostulate zum FAP diskutieren werden. Es werden diverse Maximalforderungen gestellt. Mir ist vollständig unklar, wie mit all den teilweise widersprüchlichen Forderungen ein ausgeglichener Haushalt angestrebt werden soll: Man kann nicht weniger Einnahmen und gleichzeitig mehr Ausgaben als Hilfe für die Betroffenen fordern, während am Ende die Zahlen ausgeglichen sein sollten. Wer rechnen kann, sieht sofort, dass das nicht aufgeht. Die Kritik der Minderheit am FAP geht uns zu weit. Für die Mehrheit zeigt der vorliegende FAP, wie sich die Zahlen in den nächsten vier Jahren entwickeln können. Dabei wird von realistischen Annahmen ausgegangen, die alle Unwägbarkeiten berücksichtigen. Es ist gut, dass der Stadtrat die Ausgaben laufend überprüft und dort anpasste, wo dies nötig und sinnvoll war. Der grösste Teil der Ausgaben des städtischen Budgets ist gebunden. Entweder basieren sie auf überkommunalen Beschlüssen oder auf Beschlüssen des Gemeinderats. Wenn Zürich mittelfristig schwarze Zahlen erreichen soll, ist das nicht nur die Aufgabe des Stadtrats, sondern eine Aufgabe von uns im Gemeinderat während des gesamten Jahres. Jeder Beschluss, den wir fällen, hat auch finanzielle Auswirkungen und beeinflusst damit die Planung. Die Kommissionmehrheit beantragt den vorliegenden FAP zur Kenntnis zu nehmen und dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Raphael Tschanz (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt das Budget 2021 ab und fordert den Stadtrat auf, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise in die Finanzplanung für die nächsten Jahre aufzunehmen und darauf zu reagieren. Wir beantragen, den FAP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Wirft man einen Blick in den FAP 2021–2024, fällt sofort auf, dass erstens das Personal und die Ausgaben der Stadt ungebremst weitersteigen und zweitens die Einnahmen stagnieren. Die Folge davon ist, dass das Eigenkapital wie

Schnee an der Sonne schmilzt: Die Schulden der Stadt verdoppeln sich. Bei diesen Aussichten müssten beim Stadtrat bereits alle Alarmglocken läuten. In Tat und Wahrheit streut uns der Stadtrat Sand in die Augen und malt die Zukunft viel heller als sie ist. Er zeichnet ein vollständig realitätsfremdes Szenario, in dem es keine Rezession aufgrund der Corona-Krise gibt. Wir müssen davon ausgehen, dass die Einnahmen in den kommenden Jahren viel stärker zurückgehen werden, als es vom Stadtrat prognostiziert wurde und dass sich die Wirtschaft nicht in kurzer Zeit erholen wird. Die Folgen davon wären noch viel höhere Defizite, noch viel mehr Schulden und ein Wegbrechen des Eigenkapitals. Es geht auch anders. Man muss nicht weit gehen, um eine Stadt zu finden, der es selbst in einem Corona-Jahr gelingt, die Ausgaben zu kürzen. Dieser Stadt gelingt es sogar in einem Corona-Jahr, Stellen zu reduzieren. Es handelt sich um keine geringere Stadt als die rot-grüne Hochburg Bern. Eine rot-grüne Stadt kürzt die Ausgaben und baut Stellen ab – und das in einem Corona-Jahr und mit einem Sozialdemokraten als Finanzvorsteher. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ich empfehle unserem Finanzvorstand Nachhilfeunterricht von seinem Berner Amtskollegen darüber, wie man ein Budget in einem Corona-Jahr bildet. Wenn etwas verantwortungslos und realitätsfremd ist, dann ist es die Haltung der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat. Für sie sind die Konkurse, der Arbeitsplatzverlust und die steigenden Arbeitslosenzahlen für die mittelfristige Planung nicht alarmierend. Die Hauptsache ist, dass sie sich nicht einschränken muss und weitermachen kann, wie wenn es die Krise nicht gäbe. Die Hauptsache ist, dass sie sich die gute und spendable Laune nicht verderben lässt und dass sie sich und ihrer Klientel auf Kosten von anderen die Pfründe sichern kann. Wenn der Stadtrat sich weigert, den Ernst der Lage zu erkennen, daraus Konsequenzen zu ziehen und den Wohlstand langfristig zu sichern, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als den FAP abzulehnen und den Stadtrat aufzufordern, endlich seiner Pflicht nachzukommen und seine Aufgabenpolitik an die neuen Verhältnisse aufgrund der Corona-Krise anzupassen.

Weitere Wortmeldungen:

Susanne Brunner (SVP): *Die Ausführungen des Finanzvorstands waren sehr interessant. Nur war ich streckenweise irritiert, ob er ein Hilfswerk oder ein Gemeinwesen beschreibt. In nur vier Jahren soll unser Eigenkapital halbiert werden. Weil ungebremst hoch investiert wird, sinkt unser Selbstfinanzierungsgrad auf 25 Prozent. Bei den Steuereinnahmen wird viel zu optimistisch geplant, die Krise wird nicht wahrgenommen und die zusätzlichen Transferzahlungen des Kantons, die ab dem Jahr 2022 fließen werden, verpuffen im Ausgabenfieber der Stadt. Die mittelfristige Finanzplanung lässt jegliche Vorsicht und Zurückhaltung vermissen. Der Finanzvorstand sagte vorher, dass er keine Leistungsüberprüfung machen will. Es wird also so geplant, als ob die Stadt losgelöst von der weltweiten Wirtschaftskrise als Stadtstaat der Seligen agiert und als ob wir ein Perpetuum mobile für Steuereinnahmen wären. Es ist jedoch ganz anders. Der FAP beschreibt unsere Fahrt in die Hölle. Denn was wird geschehen, wenn das Eigenkapital auf wenige hundert Millionen Franken schrumpfen wird? Wir auf der bürgerlichen Seite*

wissen, was dann geschehen wird. Eine linke Mehrheit wird mit Steuererhöhungen darauf reagieren. Wir fordern darum den Stadtrat auf, eine konsequente Leistungsüberprüfung durchzuführen, die von einem Leistungsverzicht gefolgt wird. Das Wünschbare muss vom Notwendigen getrennt werden. Wir fordern nicht, dass bei allen Investitionen zurückgefahren werden muss – das wäre falsch. Infrastrukturprojekte wie Schulhäuser sollen wie geplant umgesetzt werden. Doch wenn das Geld fehlt, muss priorisiert werden. Tiefbauprojekte beispielsweise, die nur den Zweck verfolgen, die Mobilität einzuschränken, sind zu verschieben oder idealerweise vollständig zu unterlassen; also der Parkplatzabbau, der Rückbau von Strassenraum, der Abbau von Abbiegemöglichkeiten und der Abbau von Fahrspuren. Der FAP zeigt eine merkwürdige Diskrepanz zu den Appellen der Stadtpräsidentin, die per Videobotschaft an die Bevölkerung gehen. Man solle das Möglichste tun, um die Verbreitung des Virus einzudämmen. Gleichzeitig können wir beim besten Willen nicht erkennen, dass die Stadtregierung ihr Möglichstes tut, um die Fahrt in die Hölle und die hohen Defizite in den Planjahren abzuwenden. Wir sind der Bevölkerung eine bessere Finanzpolitik schuldig. Die SVP wird darum den FAP ablehnen zur Kenntnis nehmen.

Renate Fischer (SP): Ich verstehe die Voten meiner Vorrednerinnen, die betonen, dass die Kostensteigerungen, so wie sie im FAP für die Jahre 2022 bis 2024 vorgesehen sind, nicht tragbar sind. Dem will auch der Stadtrat nicht widersprechen. Denn der FAP ist ein Planungsinstrument des Stadtrats. Er dient als Basis für entsprechende Korrekturen und wird dem Gemeinderat auf unseren langjährigen Wunsch hin als separate Weisung zur Kenntnis vorgelegt. Der FAP bleibt ein Planungsinstrument des Stadtrats, das in seiner Kompetenz liegt. Das erste Jahr im FAP entspricht dem Budget. Die weiteren Jahre enthalten die Kosten, die entstehen würden, wenn alle Leistungen, inklusive den von uns beschlossenen und bestellten, ohne Änderungen oder Anpassungen umgesetzt werden – wenn also der Stadtrat keine Korrekturmassnahmen ergreifen würde. Die aufgezeigten Kosten der drei Folgejahre im FAP sind somit wie immer viel zu hoch. Der FAP dient dem Stadtrat genau zu dieser Steuerung und zeigt ihm auf, wo Massnahmen nötig sind. Ich verstehe die geäusserten Besorgnisse über die mittel- und langfristige Kostenentwicklung, auch weil die Entwicklung der nächsten Jahre aufgrund der Pandemie zusätzlich mit sehr vielen Unsicherheiten belastet ist. Es gilt trotzdem, jetzt die Folgen der Pandemie für die Betroffenen zu mildern, das Gewerbe und die Bevölkerung zu unterstützen und alles Mögliche zu tun, um Langzeitfolgen wie Betriebsschliessungen und Langzeitarbeitslosigkeit wo immer möglich zu vermeiden. Die SP teilt die im FAP aufgeführten finanzpolitischen Grundsätze der Stadt. Namentlich die von STR Daniel Leupi erwähnte Langeweile, die Bestrebungen, dass Zürich eine lebenswerte Stadt für alle Anspruchsgruppen bleibt, attraktive Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und Wirtschaft bietet. Wobei mittelfristig ein Ausgleich von Aufwand und Ertrag und langfristig eine stabile Finanzlage angestrebt wird, damit in unsicheren Zeiten wie jetzt der notwendige finanzielle Spielraum vorhanden ist. Die SP nimmt den vorliegenden FAP 2021–2024 zur Kenntnis. Es handelt sich um eine Kenntnisnahme und nicht um eine Genehmigung.

Shaibal Roy (GLP): Das Eigenkapital ist für Krisenzeiten da. Die Krise ist jetzt. Was ihre Auswirkungen über die nächsten Planjahre sein werden, wissen wir nicht. Krisen haben es an sich, dass sie unvorhersehbar sind und dass sich ihre Tragweite als grösser und weiter als befürchtet bewahrheitet. Optimismus ist gut und es braucht ihn, um einer Krise zu begegnen. Aber gleichzeitig machen mir zwei Aussagen des Finanzvorstehers Sorgen. Einerseits ist es die Aussage, dass Rechnungen stets besser abschneiden, als sie budgetiert sind. Vielleicht ist das in einer Krise nicht mehr der Fall. Man muss sich vorher überlegen, was man dagegen unternimmt, wenn das nicht mehr eintritt. Die zweite Aussage ist das Rating AA+, was super ist. Aber auch Ratingagenturen antizipieren keine Krisen und berücksichtigen das nicht. Denn sonst gäbe es keine Downgradings von Ratings. Auch dem muss man sich vorher stellen, anstatt sich auf einem Rating auszuruhen. Das Rating ist für die Aufnahme von Kapital gut. Das werden wir in nächster Zeit brauchen und es kommt uns zugute. Aber gleichzeitig braucht es auch eine Leistungsüberprüfung. Es ist schade, dass der Stadtrat die Forderungen in den Postulaten, zwei der GLP und eines der FDP, nicht aufnimmt. Es ist eine Chance, sich dem anzunehmen und eine Leistungsüberprüfung vorzunehmen. Es ist unbestritten, dass wir Wachstum in der Stadt haben. Aber auch das Bevölkerungswachstum geht nicht immer in eine Richtung. In diesem Jahr kam es zu keinem Bevölkerungswachstum. Vielleicht ist die heutige Krise auch ein Ausdruck davon, dass die Stadt als Zentrum nicht mehr ihre bisherige Bedeutung hat. Das digitale Zeitalter ermöglicht auch, dezentral zu arbeiten. Vielleicht hat das auch Auswirkungen auf die Stadt, ihre Steuereinnahmen und ihre Unternehmungen. Dem sollte man sich stellen. Es ist schade, dass sich der Stadtrat dem nicht stellen will und dies zum Ausdruck bringt, indem er die FAP-Postulate ablehnt. Eine Überprüfung bedeutet nichts anderes, als vorbereitet zu sein. Das ermöglicht eine Krisenresistenz, was wir heute und in den nächsten Jahren bestimmt brauchen. Ich fordere den Stadtrat auf, die Chance wahrzunehmen, auch wenn die Forderung in Form der Postulate abgelehnt wurde. Da dies im FAP 2021–2024 nicht reflektiert ist, wird ihn die GLP ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Severin Pflüger (FDP): Bevor wir uns nachher zu den FAP-Postulaten, zum Budget und dem Budget-Rückweisungsantrag äussern werden, will ich kurz darüber reminiszieren, wie wir als Stadt aus finanzpolitischer Sicht an den heutigen Punkt gelangten. Das Verständnis dafür ist wichtig. Wir hörten, dass wir grosse Reserven haben und dass es der Stadt gut geht. Das stimmt. Wir hörten auch, dass das der grünen Finanzpolitik zu verdanken sei und der konstanten Langweile der letzten Finanzjahre. Der Ausgangspunkt ist die Finanzkrise 2008, als sich einige mit den Immobilienhypotheken in den USA verspekulierten. Unter anderem die UBS. Die wirtschaftliche Zukunft der Stadt lag damals auf Messers Schneide. Bundesrat Villiger packte sich ans Herz und steuerte das Rettungspaket für die UBS. So ging die Krise an uns vorbei. Anschliessend kamen verschiedene strukturschwache Staaten der EU, die Ausgaben wie grosse Industrienationen hatten, in Bedrängnis. Die Finanzmärkte nahmen das ganze Euroland in den Schwitzkasten. Die Europäische Zentralbank (EZB) und andere Nationalbanken mussten freikaufen. Dafür mussten die Finanzmärkte mit Geld geschwemmt werden. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) musste darum den Schweizer Franken stützen.

Das Resultat davon war, dass unsere Finanzmärkte und insbesondere der Zürcher Finanzmarkt mit noch mehr Geld geschwemmt wurden. Das Geld fliess hierhin. Das machte unsere Prosperität aus. Das führte dazu, dass unsere Wirtschaft, obwohl sie von allen Seiten gegängelt wurde, wachsen und Gewinn machen konnte, dass die Stadt jedes Jahr höhere Steuereinnahmen hatte und dass das Personalwachstum 30 Prozent betragen konnte, während das Bevölkerungswachstum nur 17 Prozent betrug. Darum konnten wir 1,5 Milliarden Franken Eigenkapital aufbauen. Das ist der Moment, an dem wir heute stehen. Es ist auch unsere Erfahrung, die wir mit der letzten Wirtschaftskrise machten. Die Zürcher Erfahrung mit der letzten Wirtschaftskrise ist: «Es geht uns nichts an.» Die Welt wird gerettet und wir werden doppelt gerettet. Wir verfügen über einen stählernen Panzer, an dem alles abprallt. Aber niemand kann uns garantieren, dass die nächste Wirtschaftskrise, die jetzt im Haus steht, ebenfalls so verlaufen wird und ob es uns diesmal auch so gut gehen wird. Und es ist nicht klar, ob es auch eine Wirtschaftskrise sein wird, bei der primär die Finanzmärkte gerettet werden müssen und ob mit dieser Rettung das Geld auf den Finanzplatz Zürich gespült wird und wir davon wie im Schlaraffenland leben werden können. Das alles ist ungewiss und wenn man das nicht einsieht, wird mit hohem Einsatz gepokert.

Florian Utz (SP): *Wir befinden uns in Zeiten von grossen Herausforderungen und es sind auch finanzpolitische Herausforderungen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass ein kühler Kopf bewahrt wird, man realistisch bleibt und die Zahlen richtig einschätzt. Was ist der FAP? Er ist nicht eine Prognose darüber, wie sich die Ausgaben und Einnahmen in den entsprechenden Jahren entwickeln werden, sondern er ist mindestens bei den Ausgaben eine Auflistung der möglichen Ausgaben, die im entsprechenden Jahr anfallen werden. Darum ist es kein Wunder, dass die Rechnung stets viel besser abschneidet und das Budget bereits besser ist als die Zahl im FAP. Betrachten wir die konkreten Zahlen in der Vergangenheit. Im momentanen FAP sind in den Folgejahren 2022, 2023 und 2024 Defizite in der Höhe von 187 Millionen, 200 Millionen und 241 Millionen Franken vorgesehen – rund 200 Millionen Franken pro Jahr. Wie waren die Prognosen im Jahr 2015 für die Planjahre 2017, 2018 und 2019? Es waren Defizite in der Höhe von 201 Millionen, 213 Millionen und 172 Millionen Franken vorgesehen. Das sind praktisch die gleichen Zahlen: Drei Mal Defizite von rund 200 Millionen Franken. Schliesslich kam es aber zu Überschüssen: 153 Millionen, 108 Millionen und 83 Millionen Franken in den Jahren 2017, 2018 und 2019. Darum würde ich davor warnen, nur aufgrund der Zahlen, die im FAP abgebildet sind, in eine Panik zu verfallen und den kühlen Kopf nicht zu bewahren. Gleichzeitig ist klar, dass wir uns in einer Krise befinden und dass sie auch finanzpolitische Auswirkungen haben wird. Auch kann, sollte und darf man das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wichtig ist die Frage, wie wir die Krise bestmöglich überwinden und dafür sorgen können, wie die finanzpolitischen Auswirkungen möglichst harmlos bleiben. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass wir dafür sorgen müssen, dass wir nach der Krise dort weitermachen können, wo wir vor der Krise standen. Wenn uns das gelingt, bleiben wir langfristig finanziell sehr gesund. Wir haben ein Eigenkapital in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken und kein strukturelles Defizit. Wenn es uns darum gelingt, die Krise mit einmaligen Zahlungen abzufedern und zu überwinden, und*

wenn wir darum schliesslich dort weitermachen können, wo wir standen, dann wurde zwar unser Eigenkapital kleiner, aber wir sind dann weiterhin eine finanziell gesunde Stadt mit einem Eigenkapital in der Höhe von 1 Milliarde Franken und ohne ein strukturelles Defizit. Wenn wir hingegen jetzt in einen Spar- und Kürzungsmodus verfallen, wenn wir die Konjunktur abwürgen und eine Spirale in den Gang setzen, die aus mehr Arbeitslosigkeit, weniger Kaufkraft und tieferen Rezessionen besteht, dann gelangen wir tatsächlich in schwierige Gassen. Ich ermahne zur Besonnenheit und Vernunft und unterstütze den Stadtrat in seiner vorausschauenden Politik voll und ganz. Sie trägt unserer Stadt Sorge und sorgt dafür, dass wir nach der Krise dort weitermachen können, wo wir vor ihr waren.

Felix Moser (Grüne): Die Analyse von Severin Pflüger (FDP) mag teilweise richtig sein. Die Frage ist jedoch, welche Schlüsse daraus gezogen werden. Die einen ziehen daraus den Schluss einer Rückweisung, die anderen befinden sich auf dem Weg zur Hölle und wir finden, dass das nicht stimmt. Auch in Krisenzeiten muss ein kühler Kopf bewahrt werden. So kann man die Krise überwinden und nicht indem man auf Panik und Rückweisung setzt. Es stimmt, dass Zürich immer noch über ein hohes Eigenkapital verfügt. Für die andere Krise wurde in den letzten Jahren wenig Geld ausgegeben: für die Klimakrise. Hätte man dort bereits vor 40 Jahren gehandelt, wären wir jetzt viel weitergekommen und müssten nicht Notmassnahmen in die Wege leiten. Im FAP wird der Klimawandel kaum erwähnt, was mich erstaunt und beängstigt. Im vorderen Teil fand ich lediglich einen Nebensatz, in dem die 2000-Watt-Gesellschaft angesprochen wird. Ich halte es für wichtig, dass man diesem Thema, das einen grossen Stellenwert hat, mehr Raum geben wird. Die Stadt kann sehr viel machen, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Er wird hauptsächlich durch Gebäude, Wohnen, Verkehr, Industrie, Ernährung und Landwirtschaft verursacht. Die Stadt hat grossen Einfluss in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft und Ernährung. Wir werden es sehr schätzen, wenn der Stadtrat sich diesem Thema in Zukunft mehr widmen wird, damit man sieht, wie hoch die Kosten dafür sind und welche Kosten noch anfallen können. Das Interessanteste wäre, welche Kosten nicht entstanden wären, wenn man früher gehandelt hätte.

Walter Angst (AL): Eine seltsame Debatte findet statt. Auf der einen Seite wird gesagt, dass alles super ist und wir antizyklisch vorgehen müssen. Auf der anderen Seite wird eine Schmerzkur gefordert. Es ist wie die Krise selbst: Den einen geht es super, den anderen geht es hundsmiserabel. Willi Wottreng (AL) nannte das Beispiel der Fahrenden und es gibt hundert andere Beispiele, die genannt werden können: Leute, die hier nicht repräsentiert sind und massiv unter der Krise leiden. Auch solchen, denen es gut ging, geht es jetzt plötzlich schlechter. Die Frage ist, wie in dieser Krise reagiert wird. Reagiert man mit den vorgeschlagenen Schauerprogrammen? Das Postulat der FDP ist noch harmlos. Es handelt sich um ein Sammelsurium an Vorschlägen, die STR Daniel Leupi eigentlich entgegennehmen könnte. Mich erstaunt am meisten, dass die GLP mit ihren beiden Vorstössen zwei Aussagen macht, die sehr erstaunlich sind. Auf der einen Seite wird einer Reduktion von 20 Prozent bei allen steuerbaren Massnahmen gefordert. Der Vorstoss erinnert an einen CS-Generaldirektor, der ein Sparprogramm einleiten muss,

weil die Aktionäre nicht mehr zufrieden sind. Ein Gemeinwesen funktioniert nicht so. Die Ausgaben werden in den nächsten Jahren steigen, weil wir so viele Leute in die Stadt holten, die jetzt Kinder haben. Die Kinder wollen in die Schule und das kostet Geld. Darum verpuffen all diese Vorschläge im Nichts. Die GLP schlägt zusätzlich vor, dass zwar keine Steuerreduktionen erfolgen sollen, dass aber die Zusatzeinnahmen, die wir vom Kanton durch die IV- und Strassenfonds-Massnahmen erhalten, den Leuten zurückgegeben werden sollen. Will die GLP eine Steuersenkung oder eine stabile Finanzierung der Stadt? Mit einer stabilen Finanzierung können wir das finanzieren, das wir sowieso finanzieren müssen. Wir sind der Meinung, dass wir Prioritäten setzen müssen, damit wir das finanzieren können, das finanziert werden muss. Severin Pflüger (FDP) hat recht: Auf die Honigtöpfe zu warten, ist keine zukunftsgerichtete Strategie. Das macht mir auch Angst vor dem, wovon wir leben: vom Finanzkapitalismus, den wir umverteilen – eine der Lebenslügen der Stadt. Umgekehrt wäre es hochgradig absurd, ein Sparprogramm einzuführen und das System unter Druck zu setzen, sodass es zusätzlich instabil wird. Richtig ist es, denen, die unter der Krise leiden, unter die Arme zu greifen und dafür zu sorgen, dass das Geld nicht wegrinnt. Ich las heute, dass der Stadtrat ein Programm zur Mitfinanzierung energetischer Sanierungen auflegt. In der Energie- und Klimapolitik geht es nicht darum, Milliarden Franken auszugeben und dass es dann gut geht. Es geht eher darum, das System umzusteuern, damit es CO₂-neutral wird. Es braucht einige Beraterinnen und Berater, aber das Problem wird nicht alleine mit Geldausgaben gelöst. Ich bin froh, dass das vom Stadtrat teilweise wahrgenommen wurde. Die Krise können wir nicht mit einem CS-Aktionärssanierungsprogramm lösen. Wir können die Krise auch nicht mit einer Reduktion der Ausgaben und den Wünschen der FDP bewältigen.

Roger Bartholdi (SVP): *Während der Finanzkrise gab es Unternehmungen, die von den Ratingagenturen die Bewertung AAA erhielten. Das half ihnen während der Krise jedoch nicht. Ratingagenturen sind auf keinen Fall per se schlecht, doch dass sich der rot-grüne Stadtrat vor allem darauf abstützt, ist interessant. Man sollte vom Klimawandel sprechen, aber nicht ökologisch, sondern vor allem ökonomisch. Ich denke dabei an den FAP, die Budgets der Jahre 2022 bis 2024 und deren überhitzte Finanzpolitik sowie an die geplanten, immer grösser werdenden Ausgaben und das Stellenwachstum. Dort muss man aus unserer Sicht ansetzen. Felix Moser (Grüne) hat recht: Die Verantwortung bezüglich des Budgets, der Weisungen und der Vorstösse liegt tatsächlich bei uns, dem Gemeinderat. Es ist aber die links-grüne Mehrheit, die Mittwoch für Mittwoch immer Ja zu den Mehrausgaben sagt. Sie müsste hinter die Bücher. Stets wird von Spar- und Kürzungsanträgen gesprochen. Ich bitte Sie, mit diesem Märchen aufzuhören. Wir forderten nie Sparmassnahmen. Wir fordern, dass weniger zusätzlich ausgegeben wird. Wir sind uns bewusst, dass manchmal mehr Geld ausgegeben werden muss. Eine neue Tramlinie oder ein neues Schulhaus beispielsweise erfordern Mehrausgaben. Die Mehrausgaben sollen jedoch nicht im geforderten Masse erfolgen: Überall sollte mehr Geld ausgegeben werden und es kann nie genügend kosten. Dort muss der Hebel angesetzt werden. Im FAP wird ein Selbstfinanzierungsgrad in der Höhe von 100 Prozent als «ideal» bezeichnet, 80 bis 100 Prozent als «gut bis vertretbar», 50 bis 80 Prozent als*

«problematisch» und unter 50 Prozent als «ungenügend». In den nächsten Jahren soll er 35, 27, 28 und 25 Prozent betragen. Das ist nicht nur ungenügend, sondern weit unter ungenügend. Der Stadtrat spricht ehrlich Klartext im FAP. Der Nettoverschuldungsquotient ist laut FAP «gut», wenn er unter 100 Prozent liegt und «genügend», wenn er zwischen 100 und 150 Prozent liegt. Beträgt er über 150 Prozent, ist er «schlecht». In den nächsten Jahren beträgt er 207, 247, 269 und schliesslich fast 300 Prozent. Die Planung ist also stets schlechter als schlecht. Wenn das Dokument gelesen wird, sollte ein grünes Licht aufgehen. Die Weiterentwicklung der Nettoverschuldung pro Einwohner ist ausgewiesen, wie auch die Entwicklung der Verschuldung und des grösser werdenden Fremdkapitals.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): «Hell is paved with good intentions.» Das ist ein Satz aus der englischen Literatur und auf Deutsch bedeutet: «Die Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.» Betrachtet man den FAP, muss gesagt werden, dass der Stadtrat nicht einmal gute Vorsätze hat. Die Hölle ist nicht gepflastert. Sie ist ein Sumpf – ein siedender Sumpf. Die Klimakatastrophe ist das erste Wort in der Fraktionserklärung der Grünen. Es macht keinen Sinn, in die letzten 40 Jahre zurückzuschauen. Vorausschauend bedeutet das, dass zusätzliche Ausgaben gefordert werden: Goldbarren sollen in den siedenden Sumpf geschaufelt werden. Das ist die rot-grüne Politik. Wenn die Ausgaben einen Nutzen hätten, wäre es das Eine. Primär dienen sie jedoch der Ideologie. Die Rede war wieder davon, dass die Stadt noch über ein Vermögen verfügt. Selbstverständlich verfügt sie auf der Aktivseite über Vermögen. Aber auf der Passivseite hat sie auch Schulden, nur spricht niemand davon. Statt «FAP» müsste die Bezeichnung «FLOP» lauten – ein Flop. Wenn die Stadt mit AA+ bewertet wird, muss darauf geachtet werden, dass das nicht zu einer Abwertung führt und wir dann auf dem B-Niveau landen. Es mag sein, dass die Rechnung einige Male besser abschloss als das Budget. Aber jetzt könnte das umgekehrt ausfallen: Die Rechnung schliesst schlechter ab als das Budget. Wir müssen äusserst vorsichtig sein. Wenn STR Daniel Leupi sagt, es sollte kein Sand ins Getriebe gestreut werden, hat er recht, wenn es um das Getriebe geht. Der Sand muss auf den Boden gestreut werden, damit bei einer Vereisung wieder Bodenhaftung entsteht. Mit einem solchen FAP ist das nicht der Fall. Wir können keine Beschlüsse zum FAP fassen und ihn nur zur Kenntnis nehmen. Wir nehmen ihn ablehnend zur Kenntnis. Wenn wir das mit den höllischen Aussichten in Verbindung bringen, müssten wir sagen, dass wir ihn mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2021–2024 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

15 / 15

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2021–2024 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Dezember 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat